

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“ Bezugspreis für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat (bzw. 37 P. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. Anstaltspreis 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 30 M., Reklamezeile 2.—M. Ermäßigungen nach Tarif. Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 636. — Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor! Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof (A 7) 292—297.

K.P.: Deutschland — gibt es das?

Alles geschieht nach Befehl aus Moskau!

Die bolschewistischen Führer verfügen über ein Lager von Prima-Parolen für alle Situationen. In besonders erregten Zeiten veranstalten sie so etwas wie einen Räumungsausverkauf. Nicht mehr ganz neue Parolen, dafür ein paar mehr mit Extrazusagen. Besonders billig für Wiederverkäufer.

Hinterdrein stellt sich regelmäßig heraus, daß die Parolen nicht das Papier wert gewesen sind, auf das sie gedruckt waren. Dann folgen ebenso regelmäßig endlose Artikel, in denen den Kommunisten vorgehalten wird, daß ihre Unfähigkeit und ihr Versagen die Parolen kaputtgemacht hätte.

Wie ist dieses sich ständig wiederholende neckische Spiel möglich?

Zwar sagt man K.P., Kommunistische Partei Deutschlands. In Wirklichkeit gibt es aber gar keine Kommunistische Partei Deutschlands. Das heißt, es besteht keine Kommunistische Partei, die aus den Verhältnissen heraus, wie sie in Deutschland gegeben sind, notwendig und daseinsberechtigt geworden ist. Der Bedarf des Proletariats nach einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wahrnehmung seiner Interessen ist mit der Sozialdemokratischen Partei vollkommen gedeckt. Die bolschewistischen Führer versuchen diese Tatsache durch demagogisches Geheze gegen die Demokratie und wüstes Geschimpfe auf die Sozialdemokratie zu verbergen.

Wäre eine Kommunistische Partei Deutschlands neben der Sozialdemokratie möglich, dann müßte sie in der Eisernen Front gegen die faschistische Gefahr stehen. Für jeden, der, von der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland ausgehend, seine taktische Entscheidung trifft, ist das eine zwingende Notwendigkeit.

Trotski sagt den Kommunisten: „Wenn der Faschismus zur Macht gelangt, wird er wie ein furchtbarer Tank über eure Köpfe und Wirbelsäulen hinweggehen. Rettung liegt nur im unbarmherzigen Kampf. Und Sieg kann nur die Kampfesverknüpfung mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen.“

Bernünftige Kommunisten — aber nur im Memelland!

Was Trotski für Deutschland vergeblich anstrebt, ist im Memelland Wirklichkeit geworden. Ja, mehr als das. Im Memelland haben sich die Kommunisten, weit über den Rahmen der Eisernen Front hinaus, in eine nationale Front eingereiht, die von allen deutschen Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, gegen den Gewaltakt der litauischen Regierung gebildet ist. In der Sitzung des Memelländischen Landtags, am 17. Februar 1932, hat der kommunistische Abgeordnete Suhr mit den Vertretern aller deutschen Parteien gegen den Gewaltakt geredet und gestimmt. Nach seiner Rede ging der Kommunist auf die Abgeordneten der nationalen Parteien und der Sozialdemokratie zu, mit den zufriedenen Worten: „Na, Freunde, wie haben wir das gemacht?“

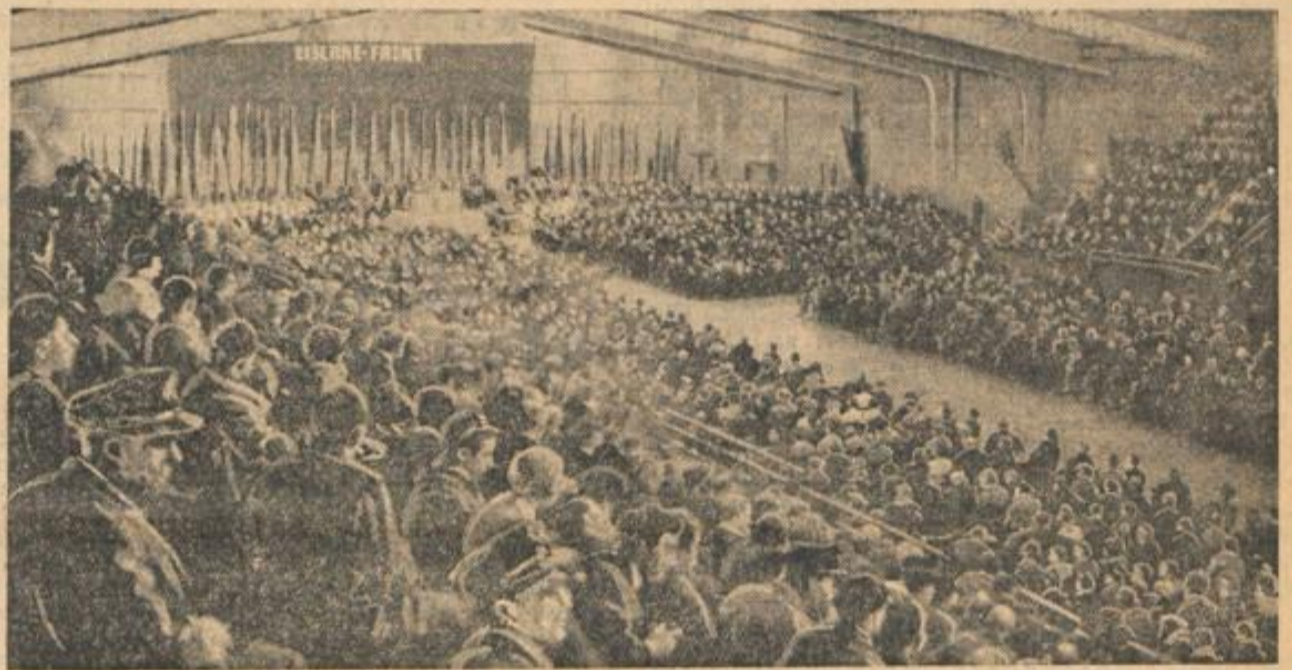
Gut haben das die Kommunisten im Memelland gemacht! Ihre Handlung war diktiert von der Not, alle Kraft gegen eine akute Gefahr zu richten, die an Größe alles übertrug, was an Trennendem zwischen den einzelnen deutschen Parteien vorhanden ist.

Parolenschusterei aus Verlegenheit.

Hätten sich die memelländischen Kommunisten auf bolschewistische Parolen eingelassen, dann würde ihr Vertreter die anderen deutschen Parteien beschimpfen und seine Rede mit einer bolschewistischen Parole geschlossen haben. Etwa: „Hände weg von China!“ oder: „Es lebe Sowjet-Deutschland“ oder mit sonst einer der zahllosen bolschewistischen Parolen.

Das geschieht in Deutschland, wo den Kommunisten die Taktik von Moskau befohlen wird. Darum heißt eine der sinnlosen Parolen für den gegenwärtigen Wahl-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)



Grzejski spricht in den Tennishallen.

Beratung über Braunschweig.

Unter Vorsitz Groeners im Reichsinnenministerium.

Heute mittag hat im Reichsinnenministerium unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Groener eine Beratung über die Zustände in Braunschweig stattgefunden. Dieser Beratung soll ferner das bei den Hausdurchsuchungen durch die preussische Polizei beschlagnahmte Material über das illegale Treiben der braunen Armee zugrunde gelegen haben. Man erwartet, daß das Ergebnis der Beratungen im Laufe des Mittwoch sichtbar wird.

Zimt aus Moskau

So stand in Thälmanns Monitor zu lesen:
Da ist eine Familie Zint aus Berlin gewesen,
Die kam nach Moskau ganz zerrissen und zerruppt,
Jetzt aber geht sie kavalierrmäßig eingepuppt,
Die Töchter in Sojdo, die Mama im Polz!
(„Den Hauptstoß richten wir gegen Severing und Wels!“)
Wenn der Schinken alle ist, fressen sie Gänsebraten,
(„Wer hat uns verraten — die Sozialdemokraten!“)
Zweiflingordick auf die Frühstückssommel Kaviar,
Und steinalt worden sie — das Jüngste ist schon hundert-zwanzig Jahr!

Kurz: das Moskauer Klima ist für Berliner sehr gesund.
Nur — merkwürdig — die Eingeborenen kommen auf den Hund.

Familie Zint aus Berlin kam direkt ins Paradies,
Doch den Moskauern selbst geht es ziemlich mies.
Sie stehen noch immer vor den Lüden Schlange,
Bekommen wenig auf Karten — und das Wenige dauert lange.
In den Torgsin-Läden häufen sich Delikatessen,
Die bekommen nur Fremde gegen Valuta zu essen.
Der Rubel fällt rapid, die Preise steigen überall.
Rings tönt das Wörtchen: „Lobensmittolkrawall“.

Und dann liest man über Familie Zint den Zimt,
Und hat den Eindruck, daß hier etwas nicht stimmt...

Jonathan.

Severing spricht in Essen.

Riesenkundgebung der Eisernen Front.

Essen, 5. April.

In einer überaus stark besuchten Kundgebung der Eisernen Front sprach am Montagabend in der großen Ausstellungshalle in Essen der preussische Innenminister Severing. Er ging u. a. auf die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung ein und erklärte: Wenn wir Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land schaffen wollen, dann müssen wir Selbstvertrauen wiedergewinnen, das Vertrauen des Volkes und eines jeden einzelnen zu sich selbst. Dann können wir auch fordern, daß man uns in der Welt Vertrauen entgegenbringt. Die Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten könnten sich beglückwünschen, daß in den letzten Jahren in den zuständigen Behörden frühere Arbeiter gefressen hätten. Das zu belegen, werde in den nächsten Wochen noch Gelegenheit sein. Mit der Zuküfverfung des Faschismus müsse die politische und wirtschaftliche Reaktion am 10. und 24. April geschlagen werden. Es gelte, wach zu bleiben, bis das größere Ziel der Zusammenarbeit mit den Völkern der Erde verwirklicht werden könne. Arbeitsbeschaffung ohne Kampf bedeute letzten Endes nichts anderes als den Abbau der Zollmauern und der Mauern des Völkerverhasses.

Die Räumung der SA-Büros.

Auszug aus der Hedemannstraße.

Entsprechend der geistigen Anordnung des Polizeipräsidenten hat heute morgen im Parteihaus der NSDAP. in der Hedemannstraße die Räumung der in der Verfügung genau bezeichneten SA-Büros begonnen. Auf mehreren Lastwagen wurden Akten, Kartotheken, Möbel usw. verladen und abtransportiert. Während des Auszugs war Polizei in der Hedemannstraße anwesend, ohne aber zunächst irgendwie in Aktion zu treten, bis dann um 12 Uhr die amtliche Feststellung getroffen wurde, daß der Anordnung des Polizeipräsidenten Folge geleistet worden sei.

Redeverbot für den Nazi-Bürgermeister von Koburg. Der Staatskommissar für Koburg hat ein Redeverbot über den Ersten Bürgermeister von Koburg, Landtagsabgeordneten Schwede, der der Nationalsozialistischen Partei angehört, verhängt. Das Redeverbot wird damit begründet, daß Erster Bürgermeister Schwede in einer Verleumdung die Wähler des Reichspräsidenten von Hindenburg als „Gehheim- und Geshwärt“ bezeichnet hat.

